



# SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
<b>Rat der Stadt Schwelm</b>		
Sitzungsort <b>Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14</b>		
Datum <b>14.05.2009</b>	Beginn <b>17:05 Uhr</b>	Ende <b>19:55 Uhr</b>

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

## Mitglieder

Flüshöh, Oliver

Grüntker, Hermann

Heinemann, Manfred

Hens, Bernd

Kampschulte, Matthias

Lusebrink, Hans-Otto

Nockemann, Frank

bis 17:45 Uhr

Rant, Siegmar

Rüttershoff, Heinz-Joachim

Rüttershoff, Karen

Schaumburg, Carsten

Schomburg, Christina

Steuernagel, Rolf

Zeilert, Hans-Jürgen

Ferrara, Santo

Hortolani, Frauke Dr.

Kick, Hans-Werner

Oehl, Heinz

Philipp, Gerd

Schier, Peter

Schmidt, Detlef

Tempel, Gabriele

Werner, Gudrun

Gießwein, Brigitta

Gießwein, Marcel

Rauschtenberger, Dietrich

bis 17:15 Uhr

Weidenfeld, Uwe

Kappelhoff, Petra Viola

Kranz, Jürgen

Rippa, Andreas

Sieker, Dieter

Bockelmann, Christian Dr.

Sattler, Karin

Heumann-Wasserkamp, Kerstin

Schwunk, Michael

Stark, Wolfgang

## Vorsitzender

Steinrücke, Jürgen Dr.

**stellv. Vorsitzende**

Sartor, Christiane

**stellv. Vorsitzender**

Dresen, Günther

**Sitzungsteilnehmer/innen von der TBS AÖR**

Flocke, Markus

**Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung**

Dickhaus, Rolf

Esser, Meinhard

Fischer, Rudolf

Guthier, Wilfried

Kaltenbach, Rosemarie

Kuss, Jürgen

Neuburg, Hanspeter

Voß, Jürgen

**Schriftführer/in**

Söhner, Edeltraud

Abwesend:

**Mitglieder**

Gutknecht, Werner

Hannuschka, Lutz

Kurek, Martin

Schwabe, Bernd Ulrich

Stobbe, Jochen

Stelow, Martin

Rindermann, Horst

Bachert-Heute, Heike

Siepmann, Ernst Walter

Crämer, Thorsten

Herr Dr. Steinrücke begrüßt alle Anwesenden im Ratssaal.

Anschließend teilt er mit Betroffenheit mit, dass das langjährige Ratsmitglied, Frau Angelika Willcke, Anfang Mai nach langer schwerer Krankheit verstorben sei. Nach Würdigung ihres engagierten Schaffens unter anderem im Rat und diversen Ausschüssen, bittet er die Anwesenden, sich im Gedenken an Frau Willcke zu einer Schweigeminute zu erheben.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verteilt ein Gedenkschreiben.

Anschließend stellt der Bürgermeister vor Beginn der Sitzung fest, dass der Rat ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist.

### **Abstimmung zur Änderung/Ergänzung der Tagesordnung:**

#### **Als neuer TOP A 1 - Vorl.Nr. 101/2009**

Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes  
*(Die Dokumente sind in Papierform als Tischvorlagen ausgelegt!)*

#### **Als neuer TOP A 5 - Dringlichkeitsvorl.Nr. 104/2009**

Einrichtung der HSK-Kommission  
*(Die Dokumente sind in Papierform als Tischvorlagen ausgelegt!)*

#### **Als neuer TOP A 6 - Dringlichkeitsvorl Nr. 103/2009**

5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung  
*(Die Dokumente sind in Papierform als Tischvorlagen ausgelegt!)*

#### **Als neuer TOP A 7.2 - Ergänzungsvorl.Nr. 089/2009/2**

Änderung von Ausschussbesetzungen  
*(Die Dokumente sind in Papierform als Tischvorlagen ausgelegt!)*

***Die nachfolgenden TOP-Nummerierungen ändern sich entsprechend!***

#### **Außerdem liegt aus:**

#### **Zu TOP A 15 (neu) - Vorl.Nr. 080/2009**

1. Nachtrag zur Haushaltssatzung 2009

1. Änderungsliste zum Verwaltungsentwurf des 1. Nachtrags zum Haushaltsplan 2009

*(Dieses Papierdokument wurde auch zur HA-Sitzung am 23.04.09 ausgelegt und ist dem Protokoll des HA als Anlage beigefügt.)*

2. Änderungsliste zum Verwaltungsentwurf des 1. Nachtrags zum Haushaltsplan 2009

*(Dieses Dokument liegt in Papierform aus und wird der heutigen Niederschrift als Anlage beigefügt.)*

1. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Schwelm für das Haushaltsjahr 2009

*(Dieses Dokument liegt in Papierform aus und wird der heutigen Niederschrift als Anlage beigefügt.)*

## **A Öffentliche Tagesordnung**

- |     |  |            |
|-----|--|------------|
| 1   | Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes  | 101/2009   |
| 2   | Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 26.03.09   |            |
| 3   | Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung   |            |
| 4   | Mitteilungen des Bürgermeisters  |            |
| 5   | Einrichtung der HSK-Kommission   | 104/2009   |
| 6   | 5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung   | 103/2009   |
| 7   | Änderung von Ausschussbesetzungen  | 089/2009   |
| 7.1 | Änderung von Ausschussbesetzungen  | 089/2009/1 |
| 7.2 | Änderung von Ausschussbesetzungen  | 089/2009/2 |
| 8   | Stadtentwicklungskonzept 'ZUKUNFT SCHWELM'   | 013/2009   |
| 9   | Antrag der FDP-Fraktion vom 23.01.09: Projekt Nachbarschaftshilfe für mehr Sauberkeit und Sicherheit in Schwelm  | 026/2009/1 |
| 9.1 | Antrag der FDP-Fraktion vom 23.01.09: Projekt Nachbarschaftshilfe für mehr Sauberkeit und Sicherheit in Schwelm  | 026/2009/2 |
| 10  | Bebauungsplan Nr. 80 "Viktoriastraße"<br>1. Beratung und Beschlussfassung über die Anregungen aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)<br>2. Beratung und Beschlussfassung über die Anregungen aus der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB<br>3. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB | 075/2009   |

11	<p>Bebauungsplan Nr. 82 "Nördlich Güterbahnhof"</p> <p>1. Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)</p> <p>2. Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB</p>	072/2009
12	<p>Herstellung von öffentlichen Erschließungsanlagen gem. § 125 Abs. 2 BauGB - Luisenstraße (von Blumenstraße bis Ende)</p> <p>1. Abwägung und Beschlussfassung über Anregungen aus der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange</p> <p>2. Ausbaubeschluss</p>	076/2009
13	<p>Herstellung von öffentlichen Erschließungsanlagen gem. § 125 Abs. 1 BauGB - Planungsbeschluss für die Ehrenberger Straße (von Obermauerstraße bis Wendekreis)</p>	034/2009
14	<p>Änderung der Vergaberichtlinien der Stadt Schwelm</p>	086/2009
15	<p>1. Nachtrag zur Haushaltssatzung 2009</p>	080/2009
16	<p>Bewilligung überplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen</p>	079/2009
17	<p>Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen -Soziale Leistungen an natürliche Personen in Einrichtungen-</p>	081/2009
18	<p>Bewilligung überplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen sowie Energie und Wasser</p>	085/2009
19	<p>Interkommunale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rechnungsprüfung zwischen der Stadt Schwelm und dem Ennepe-Ruhr-Kreis</p>	048/2009
20	<p>Ordentliche Hauptversammlung der AVU Aktiengesellschaft für Versorgungs - Unternehmen am 15.05.2009</p>	087/2009
21	<p>Fragen des Rates an die Verwaltung</p>	

# A Öffentliche Tagesordnung

## **1 Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes 101/2009**

Bürgermeister Dr. Steinrücke führt Herrn Dietrich Rauschtenberger in sein Amt als neues Ratsmitglied ein und verpflichtet ihn zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben.

## **2 Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 26.03.09**

Die Niederschrift der Ratssitzung vom 26.03.2009 wird ungeändert genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

## **3 Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung**

Frau Terboven fragt Politik und Verwaltung, was diese im Bereich des Oberloh unternehme werde, die Stadt familienfreundlich zu gestalten. Es gebe dort keine altersentsprechenden Spiel- bzw. Freizeitmöglichkeiten. Vorhandene Anlagen oder Treppen zum Beispiel seien in einem katastrophalen Zustand. Sie bittet um schriftliche Beantwortung.

Anschließend stellt sie fest, dass Ergebnisse des Arbeitskreises „Frauen gestalten ihre Stadt“ nicht analog zum erarbeiteten Papier abgehandelt worden seien. Zum Thema Ehrenberger Straße stellt sie fest, dass die Vorlage, beidseitig einen Bürgersteig zu schaffen, seinerzeit zurückgestellt wurde.

Herr Dr. Steinrücke bittet, Fragen an die Verwaltung grundsätzlich schriftlich zu richten. In Bezug auf den Ausbau der Ehrenberger Straße weist er auf die hierzu noch stattfindende Bürgerinformationsveranstaltung hin, in der alle Fragen, Anregungen und Bedenken vorgetragen werden können.

Herr Zuther fragt ebenfalls zum beabsichtigten Straßenausbau der Ehrenberger Straße, warum die Vorlage Nr. 034/2009 vor der Informationsveranstaltung beschlossen werde solle. Der Bürgermeister erläutert, dass die Beschlussfassung lediglich ein Planungsziel beinhalte und durch sie zunächst ein Verfahren angestoßen werde. Herr Dr. Steinrücke beschreibt kurz den weiteren Ablauf des Verfahrens.

Dem anschließend folgen weitere Fragen des Herrn Zuther und anderer betroffener Anwohner, wie z.B. Herrn Dancs, Frau Dürholt hinsichtlich der Kostenerhebung / Kostenermittlung / Kostenverteilung auf die Anwohner und diverse weitere Punkte zum Thema. Herr Zuther bittet, die Beschlussfassung über die Vorlage bis zur Beantwortung der Fragen und nach der Informationsveranstaltung zurückzustellen.

Mit gleichem Interesse fragen Anwohnern der Luisenstraße nach möglicherweise auf sie zukommende Erschließungskosten und stellen den Umfang der abzurechnenden Teilstücke in Frage. Herr Dr. Steinrücke und Herr Guthier geben hierzu

Erläuterungen und schlagen eine konkrete Abstimmung der Betroffenen mit dem Fachbereich 6 vor.

Frau Wolff trägt daraufhin ihre Fragen zum endgültigen Straßenausbau der Ehrenberger Straße vor. Diese betreffen inhaltlich u.a. die Notwendigkeit von zwei Gehwegen, Berücksichtigung von Parkflächen, Merkmale einer erstmaligen endgültigen Herstellung einer Erschließungsanlage in der Vergangenheit und heute, Verhältnismäßigkeit des geplanten Ausbaus zu dessen Notwendigkeit, kostenmäßige Berücksichtigung von Stützmauern, Kosten der Vorjahre, Höhe der Gesamtkosten und Auswirkungen der rechtlichen Bestimmung der Maßnahme auf die Kostenverteilung.

Einen Bürger interessiert, ob die Ehrenberger Straße bereits gewidmet worden sei, so dass sie rein theoretisch bereits fertiggestellt sein müsse. Dem folgen weitere Fragen u.a. hinsichtlich eines möglichen Minderausbaus oder Verjährung von Kostenerhebungen aus der Vergangenheit. Zu den Fragen werden ihm teilweise von Herrn Guthier, Herrn Neuburg und Dr. Steinrücke Erläuterungen gegeben. Der Bürgermeister weist hierzu nochmals darauf hin, dass es üblich sei, diese Fragen im Planverfahren zu stellen.

Frau Ring bittet den Bürgermeister um Auskunft, wo die Abiturienten/innen dieses Jahr ihre Zeugnisse ausgehändigt bekommen. Der Schulleiter habe Herrn Dr. Steinrücke gebeten zu klären, ob dies ausnahmsweise im Atrium des Märkischen Gymnasium stattfinden könne.

Der Bürgermeister erläutert, dass er nach Einholen eines Gutachtens von einem Brandschutzsachverständigen dies leider verneinen müsse.

Herr Stoffels erkundigt sich, wann der neue Flächennutzungsplan fertig sei und wie schnell das Stadtentwicklungskonzept umgesetzt werden könne.

Herr Dr. Steinrücke antwortet, dass er als Ziel 2010 sehe, die Umsetzung aber ein Prozess sei, der die nächsten 15 Jahre umfassen werde.

Um 18:00 Uhr erklärt der Bürgermeister den Tagesordnungspunkt für beendet und geht zu den nachfolgenden Punkten der Tagesordnung über.

#### **4 Mitteilungen des Bürgermeisters**

keine

#### **5 Einrichtung der HSK-Kommission**

**104/2009**

Herr Schwunk begrüßt die Einrichtung der HSK-Kommission, bittet aber, den Beschlussvorschlag unter Nr. 4 dahingehend abzuändern, dass neben einem Ratsmitglied auch ein SkB an dem Gremium teilnehmen könne.

Der Beschlussvorschlag wird diskutiert.

Um einerseits eine Kontinuität im Teilnehmerkreis zu erreichen und andererseits kleineren Fraktionen flexiblere Vertretungsmöglichkeiten einzuräumen, einigen sich die Mitglieder des Rates auf die Abänderung des Beschlussvorschlages unter Nr. 4 auf die Variante, dass mindestens ein Mitglied der HSK-Kommission und ein stellvertretendes Mitglied jeder Fraktion Mitglieder des Rates sein müssen.

Es wird folgender **geänderter Beschluss** gefasst:

1. Der Rat richtet zur Vorbereitung der Aufstellung von Haushaltssicherungskonzepten eine begleitende Kommission (HSK-Kommission) ein.
2. Der Kommission gehören jeweils zwei Mitglieder der Fraktionen sowie Mitarbeiter der Verwaltung an.
3. Die Kommission wird jeweils durch den Bürgermeister o.V.i.A. eingeladen.
4. Mindestens ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied jeder Fraktion müssen Mitglieder des Rates sein.

Abstimmungsergebnis:      einstimmig:                      X

**6            5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung                      103/2009**

Herr Dr. Steinrücke weist darauf hin, dass in Folge der Abänderung des Beschlusses zum TOP 5 auch der Entwurf der 5. Änderung der Hauptsatzung zu TOP 6 anzupassen sei.

Der Wortlaut des Absatzes 3 des § 10 der Hauptsatzung müsse im Anschluss an die Worte „Ausländische Mitbürger Schwelm“ durch die Worte „und der HSK-Kommission“ ergänzt werden.

Der Vorschlag von Herrn Philipp, bei der Änderung des Absatzes 7 des § 10 der Hauptsatzung das Wort „sowie“ durch das Wort „und“ zu ersetzen, findet Zustimmung.

Ein entsprechend abgeänderter Entwurf der 5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Es wird folgender **geänderter Beschluss** gefasst:

Der Rat beschließt die Änderung der Hauptsatzung in der Form der als Anlage beigefügten 5. Änderungssatzung, ergänzt um die entsprechenden Änderungen in § 10 Abs. 1, 3 und 7 der Hauptsatzung.

Abstimmungsergebnis:      einstimmig:                      X

**7            Änderung von Ausschussbesetzungen                      089/2009**

**7.1        Änderung von Ausschussbesetzungen                      089/2009/1**

**7.2        Änderung von Ausschussbesetzungen                      089/2009/2**

**Über die Tagesordnungspunkte A 7, A 7.1 und A 7.2 wird gemeinsam abgestimmt.**

## **Beschlussvorschlag:**

Die in den Vorlagen 089/2009, 089/2009/1 und 089/2009/2 vorgeschlagenen Ausschussbesetzung werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:      einstimmig:                      X

## **ohne Beteiligung des Bürgermeisters**

### **8                      Stadtentwicklungskonzept 'ZUKUNFT SCHWELM'                      013/2009**

Frau Gießwein weist im Hinblick auf das Stadtentwicklungskonzept „ZUKUNFT SCHWELM“ positiv auf die mit der Verwaltung stattgefundenene enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit hin und begrüßt, dass in Punkten mit unterschiedlicher Auffassung Kompromisse geschlossen werden konnten. Sie bedauert, dass die Bürger ihre Möglichkeiten nicht sehr genutzt haben.

Herr Kampschulte erklärt, dass die Fraktion der CDU ebenfalls allen Beteiligten am Stadtentwicklungskonzept für das gezeigte Engagement danke und hebt hervor, dass es geschafft worden sei, dieses noch vor der Kommunalwahl zum Abschluss bringen.

Er hofft, dass der Flächennutzungsplan und das Stadtentwicklungskonzept Schwelm weiterbringe.

Dem Dank schließt sich auch Herr Schwunk an. Er begrüßt, durch viele erarbeitete Ergebnisse Schwelm positiv voranzutreiben.

Herr Schier bemerkt, dass es wichtig sei, ein strategisches Papier entwickelt zu haben, nach dem weiter vorgegangen werden könne.

Nachdem sich die Fraktion der SPD ebenfalls bei der Verwaltung bedankt hat, betont Herr Weidenfeld, dass es wichtig sei, Schwelm als Wohnstadt attraktiv zu gestalten. Hierzu gehöre auch, die Ressourcen Schwelms als flächenkleine Stadt schonend zu behandeln.

Herr Dr. Steinrücke gibt abschließend den ausgesprochenen Dank an die Kommunalpolitik, die Bürger, Organe und Einzelpersonen zurück. Er betont, dass es in einer Verwaltungsgeneration etwas Besonderes sei, ein derartiges -selten vorkommendes- Konzept geschaffen zu haben.

## **Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Schwelm beschließt das Stadtentwicklungskonzept 'Zukunft Schwelm' als strategische, fortschreibbare Handlungsgrundlage für die Stadtentwicklung bis 2020.
2. Der Anhang zum Stadtentwicklungskonzept (Anlage 6, Übersicht Ziele, Handlungsfelder und Projekte für die Stadtentwicklung) wird nicht mit beschlossen, dient der Verwaltung aber als Arbeitshilfe bei der Umsetzung des StEK.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Fahrplan zur stufenweisen Umsetzung der in Kapitel 5 und 6 genannten Ziele und Maßnahmen der Stadtentwicklung zu erarbeiten. Dies soll in enger Abstimmung mit dem Gremium "Stadtentwicklung | FNP-Neuaufstellung" erfolgen.
4. Die in Kapitel 8 der Dokumentation der Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und der Generation 55+ genannten Leitbilder und Handlungsempfehlungen sind bei zukünftigen Entscheidungen der Verwaltung und der Politik zu berücksichtigen.
5. Die Verwaltung soll regelmäßig überprüfen, ob eine Fortschreibung der Basisdaten erforderlich ist. Sollten sich daraus Folgen für die Inhalte des Stadtentwicklungskonzept ergeben, ist dieses dem AUS zu berichten.

Abstimmungsergebnis:      einstimmig:                      X

**9                      Antrag der FDP-Fraktion vom 23.01.09: Projekt                      026/2009/1**  
**Nachbarschaftshilfe für mehr Sauberkeit und**  
**Sicherheit in Schwelm**

**9.1                    Antrag der FDP-Fraktion vom 23.01.09: Projekt                      026/2009/2**  
**Nachbarschaftshilfe für mehr Sauberkeit und**  
**Sicherheit in Schwelm**

Herr Schwunk bringt seine Überraschung zu der hinzugekommenen Ergänzungsvorlage zum Ausdruck, die seiner Meinung nach lediglich eine Wiederholung dessen sei, was von der Verwaltung bereits berichtet wurde.

Das Projekt werfe nicht nur die Kostenfrage auf. Beispiele für ebenfalls zu prüfende Fragen wären u.a. auch, wie ehrenamtliche Partner eingebunden werden könnten, wie sich die Verwaltung in das Projekt einbringe oder die Frage der Räumlichkeiten.

Er weist darauf hin, dass der Prüfauftrag weiterhin aufrecht erhalten werde.

Der Bürgermeister stellt klar, dass ein derartiges Projekt unbestritten wünschenswert sei, es dieses aber nicht zum Nulltarif gebe.

Im Rahmen politischer Seriosität und im Hinblick auf den schweren Prozess der Haushaltssicherung reiche es nicht, Anträge zu stellen, sondern auch deren Finanzierbarkeit vorzuschlagen.

Herr Philipp teilt mit, dass die SPD-Fraktion nach den Ausführungen in der Vorlage 026/2009/2 davon ausgegangen sei, dass das vorgeschlagene Projekt keine Zustimmung finde. Er weist darauf hin, dass Arbeit ordentlich bezahlt werden solle. Wenn die Politik das Ehrenamt entdecke, könnten die Grenzen schwimmend werden.

Herr Flüshöh hält die Idee des Projektes grundsätzlich für gut, gibt aber zu bedenken, dass man sich gerade in einer Zeit befände, in der es gelte Einsparvorschläge in Höhe von 1 Mio. Euro zu finden.



Abstimmungsergebnis: einstimmig:  
dafür 34  
dagegen: 3  
Enthaltungen:

- 11 **Bebauungsplan Nr. 82 "Nördlich Güterbahnhof" 072/2009**  
**1. Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**  
**2. Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB**

**Beschluss:**

1.

Das von der Verwaltung vorgeschlagene Darlegungskonzept zum Bebauungsplan Nr. 82 „Nördlich Güterbahnhof“ wird angenommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Darlegungskonzept die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), in der zurzeit gültigen Fassung, durchzuführen.

Das Darlegungskonzept ist für die Dauer von 2 Wochen im Verwaltungsgebäude II, Moltkestraße 24, Fachbereich 5 Planung / Bauordnung, 1. Etage, öffentlich auszulegen.

Der Öffentlichkeit ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.

2.

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des Darlegungskonzeptes zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit die frühzeitige Beteiligung der Behörden u. der sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB vom 23. September 2004 (BGBl. IS 2414), in der zurzeit gültigen Fassung zum Bebauungsplan Nr. 82 „Nördlich Güterbahnhof“ durchzuführen.

Zu beteiligen sind folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange:

- Wupperverband
- BR Arnsberg Dezernat 54 (Umweltverwaltung)
- BR Arnsberg Dezernat 22 (Kampfmittelbeseitigung)
- Geologisches Landesamt NRW
- Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz Schwelm (AGU)
- EN-Kreisverwaltung (Untere Wasser-, Abfall- und Landschaftsbehörde)

Abstimmungsergebnis: einstimmig:  
dafür 35  
dagegen: 1  
Enthaltungen: 1

- 12 Herstellung von öffentlichen Erschließungsanlagen 076/2009**  
**gem. § 125 Abs. 2 BauGB - Luisenstraße (von**  
**Blumenstraße bis Ende)**  
**1. Abwägung und Beschlussfassung über**  
**Anregungen aus der Beteiligung der Behörden und**  
**sonstiger Träger öffentlicher Belange**  
**2. Ausbaubeschluss**

Frau Kappelhoff beantragt getrennte Abstimmung zu den in dem Beschlussvorschlag aufgeführten Punkten. Der Rat ist einverstanden.

**Beschlussvorschlag:**

**1**

Die während der Beteiligungsfrist eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden wie folgt behandelt:

**1.1 Unitymedia NRW GmbH, Königsallee 178 a, 44799 Bochum**

Der Anregung zur frühzeitigen Abstimmung von Straßenbau- und Kabelnetzarbeiten wird gefolgt.

**1.2 Bezirksregierung Arnsberg, Seibertzstraße, 59817 Arnsberg**

Der Anregung zur Einrichtung einer ausreichend dimensionieren Wendeanlage für Müllfahrzeuge wird gefolgt. Im Planentwurf wird eine um 2 m vergrößerte Wendefläche eingeplant.

**1.3 Aktiengesellschaft für Versorgung-Unternehmen (AVU), An der Drehbank 18, Gevelsberg**

Der Anregung zum Schutz der Versorgungsanlagen wird gefolgt.

**1.4 Kreispolizeibehörde des Ennepe-Ruhr-Kreises, Hauptstraße 92, Schwelm**

Der Anregung, den südlichen Gehweg im Bereich der zu erhaltenden Platane zu verbreitern wird gefolgt.

**2**

Die Herstellung der Luisenstraße (von Blumenstraße bis Ende) wird - wie von der Verwaltung in der SV Nr. 076/09 vorgeschlagenen Form - gemäß § 125 Abs. 2 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land (GO NW) vom 14.07.1994 (GV NW S. 666) in der zur Zeit gültigen Fassung beschlossen.

<b>Abstimmungsergebnis zu 1.1 und 1.3:</b>	einstimmig:	X
<b>Abstimmungsergebnis zu 1.2 und 1.4:</b>	einstimmig:	
	dafür	34
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	
<b>Abstimmungsergebnis zu 2:</b>	einstimmig:	X

**13 Herstellung von öffentlichen Erschließungsanlagen 034/2009  
gem. § 125 Abs. 1 BauGB - Planungsbeschluss für  
die Ehrenberger Straße (von Obermauerstraße bis  
Wendekreis)**

Herr Kranz teilt mit, dass er noch Diskussionsbedarf zum Thema sehe und äußert Bedenken gegen die Vorgehensweise, über die Köpfe der Bürger hinweg zu planen und direkt mit gerichtlichen Auseinandersetzungen zu drohen.

Der Bürgermeister weist den Vorwurf der „Drohung“ in dieser Form zurück. Herr Guthier wiederholt, dass er gerichtliche Verfahren auf die Verwaltung zukommen sehe. Er erläutert weiter, dass alle Punkte geprüft wurden, die ein Gericht ggf. auch prüfen würde.

Herr Kranz beantragt, der Einbringung des Entwurfes eine Diskussion voranzustellen und anschließend den Planungsentwurf mit Darstellung unterschiedlicher Varianten zur Kostenverteilung einzubringen.

Herr Flüshöh äußert Verständnis für die Fragen der Bürger nach der Beteiligung an den Kosten. Er hält es jedoch für sinnvoll, den endgültigen Straßenausbau im Zusammenhang mit der bevorstehenden Kanalerneuerung zu sehen.

Herr Schwunk stellt fest, dass es eine Selbstverständlichkeit sei, zu hören was der Bürger wolle, der letztendlich die Kosten trage. Er befürwortet die Einleitung des Verfahrens mit der Darstellung alternativer Vorschläge hinsichtlich der Kosten als Grundlage für eine Entscheidung.

Herr Dr. Steinrücke weist darauf hin, dass der Auftrag an die Verwaltung durch die Fachausschüsse und den Hauptausschuss nicht anders formuliert worden sei. Sicher könne im Vorfeld eine Informationsveranstaltung stattfinden, diese sei formal jedoch nicht Teil der Verfahrens.

Auf Nachfrage von Herrn Grüntker zur Schaffung von Parkraum in der Ehrenberger Straße, führt der Bürgermeister aus, dass die Frage des Parkens unbestritten kritisch sei. Bei sachgerechter Herstellung der Straße geraten die Bedürfnisse der Fußgänger, das Flächenbedürfnis des Autoverkehrs und das Bedürfnis an Parkflächen in Konflikt miteinander, so dass Prioritäten gesetzt werden müssen.

Herr Kranz beantragt, vor Beschlussfassung über einen Entwurf solle die Verwaltung eine Informationsveranstaltung durchführen und der Beschluss, wie er in dem Beschlussvorschlag formuliert sei, solle so nicht gefasst werden. Nach der Informationsveranstaltung solle der Planentwurf nochmals durch den Sitzungszug Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung, Hauptausschuss und Rat.

Herr Dr. Steinrücke fordert zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Kranz auf:

1. Die Verwaltung führt vor der Einbringung des Entwurfes eine Informationsveranstaltung durch.
2. Im Anschluss an die Informationsveranstaltung wird ein endgültiger Entwurf zur Ehrenberger Straße eingebracht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig:  
dafür 10  
dagegen: 26  
Enthaltungen:

**NB: Herr Kampschulte**

**Beschluss zur Vorlage 034/2009:**

Dem Entwurf vom 05.02.2009 für den endgültigen Straßenausbau der Ehrenberger Straße (Obermauerstraße bis Wendekreis) wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Planentwurf für die Dauer von zwei Wochen im Fachbereich 5 zu jedermanns Einsicht und Äußerung öffentlich auszulegen und mit den berührten Trägern öffentlicher Belange abzustimmen. Vor der öffentlichen Auslegung soll von der Verwaltung für die Anlieger und Anwohner eine Informationsveranstaltung durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	26
	dagegen:	8
	Enthaltungen:	2

**NB: Herr Kampschulte**

**14      Änderung der Vergaberichtlinien der Stadt Schwelm      086/2009**

**Beschluss:**

Die städtischen Vergaberichtlinien vom 21.12.2001 werden dahin gehend geändert, dass für die Geltungsdauer des gemeinsamen Runderlasses des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie, des Finanzministeriums, des Innenministeriums, des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie und des Ministeriums für Bauen und Verkehr vom 3. Februar 2009 die Bestimmungen außer Kraft gesetzt werden, die dem Runderlass widersprechen. Die Bestimmungen des Runderlasses sind danach vorrangig zu beachten.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

**15      1. Nachtrag zur Haushaltssatzung 2009      080/2009**

Frau Sartor übernimmt stellvertretend den Vorsitz der Sitzung.

Herr Voß erklärt, dass erst am heutigen Tage die 2. Änderungsliste ausgehändigt werden könne. Die Endfassung liege auf dem Tisch aus.

Sie ist dem Protokoll als Anlage beigefügt, ebenso die 1. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Schwelm für das Haushaltsjahr 2009.

**Beschluss:**

Der erste Nachtrag zur Haushaltssatzung 2009 einschließlich der 1. und 2. Änderungsliste wird entsprechend dem als Anlage 2 beigefügten Satzungsentwurf beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

**16 Bewilligung überplanmäßiger  
Aufwendungen/Auszahlungen**

**079/2009**

Herr Voß weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen sei, das die Haushaltsüberschreitung das Haushaltsjahr 2008 betreffe.

**Beschluss:**

Bei der Buchungsstelle 05.02.01.523200 – Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an Gemeinden (GV) – werden überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 40.501,59 € für das Haushaltsjahr 2008 bewilligt. Die Deckung ist durch Mehrerträge/Einzahlungen bei der Buchungsstelle 16.01.01.401300 – Gewerbesteuer – in Höhe von 40.501,59 € gewährleistet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

**17 Bewilligung von überplanmäßigen  
Aufwendungen/Auszahlungen -Soziale Leistungen  
an natürliche Personen in Einrichtungen-**

**081/2009**

**Beschluss:**

Bei der Buchungsstelle 06.03.03.533200 -Soziale Leistungen an natürliche Personen in Einrichtungen- werden überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 132.529,84 € für das Haushaltsjahr 2008 bewilligt. Die Deckung ist durch Mehrerträge/Einzahlungen bei der Buchungsstelle 16.01.01.401300 - Gewerbesteuer - in Höhe von 132.529,84 € gewährleistet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

**18 Bewilligung überplanmäßiger  
Aufwendungen/Auszahlungen für  
Hochbaumaßnahmen sowie Energie und Wasser**

**085/2009**

Der Bürgermeister übernimmt wieder den Vorsitz der Sitzung.

Er erklärt, dass die an Herrn Gießwein weitergeleiteten Informationen eine erste Analyse darstelle, die noch nicht abschließend fertiggestellt sei. Erste Ermittlungen haben ergeben, dass höhere Ausgaben in 2008 zum Teil witterungsbedingt, in Einzelfällen aber auch noch Verbrauchsänderungen zu klären seien. Die abschließende Auswertung werde der Niederschrift als Anlage beigelegt.

**Beschluss:**

Um Aufwendungen des Jahres 2008 periodengerecht verbuchen zu können, werden für Hochbaumaßnahmen sowie Energie und Wasser im Etat 2008 überplanmäßig Mittel

a) im Ergebnisplan in Höhe von insgesamt 186.761,30 € und

b) im Finanzplan in Höhe von insgesamt 10.344,90 €  
bei folgenden Buchungsstellen bereitgestellt:

Ergebnisplan:

01.01.13 521110 „An TBS f. Unterhaltung der Grundstücke u. baul. Anlagen“	91.824,98 €
01.01.13.521120 „An TBS f. die Wartung technischer Anlagen und Gebäude“	32.320,48 €
01.01.13 521146 „Mehraufwand Jugendzentrum“	400,10 €
01.01.13 521147 „Mehraufwand Kindertagesstätte Märkische Strasse“	830,61 €
01.01.13 521154 „Mehraufwand Märkisches Gymnasium Neubau Flachdach“	30.285,54 €
01.01.13 521159 „Mehraufwand Märkisches Gymnasium Asbestsanierung“	12.133,98 €
01.01.13 524110 „Energie und Wasser“	<u>18.965,61 €</u>
	186.761,30 €

Finanzplan:

01.01.13 0034/785110 „Hochbauinvestitionen (Brandschutz) GS Nordstadt“	4.151,30 €
01.01.13 0066/785110 „Hochbauinvestitionen (Brandschutz) Förderschule“	<u>6.193,60 €</u>
	10.344,90 €

Die Deckung erfolgt im **Ergebnisplan** durch

a) Minderaufwendungen bei

01.01.13 522110 „An TBS f.d.Unterhaltung d.sonstigen unbewegl.Vermögens“ 123.292,90 €  
sowie

b) Mehrerträge bei

16.01.01.401300 „Gewerbsteuer“ 63.468,40 €  
186.761,30 €

im Finanzplan bei:

01.01.13 0057/785110 „Hochbauinvestitionen Realschule“ in Höhe von 10.344,90 €

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

**19 Interkommunale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der 048/2009  
Rechnungsprüfung zwischen der Stadt Schwelm und  
dem Ennepe-Ruhr-Kreis**

Herr Voß weist darauf hin, dass sich im Zuge der Veränderungen durch Bildung des Immobilienmanagements auch eine Veränderung in der technischen Prüfung abzeichne.

Dadurch werde eine separate Vereinbarung zwischen dem Kreis und der TBS AÖR erforderlich. Der Vertragsentwurf sei entsprechend redaktionell anzupassen.

Er teilt mit, dass der Verwaltungsrat die Angelegenheit für die Sitzung am 26.05.2009 auf die Tagesordnung genommen habe.

Herr Kick stellt fest, dass das Rechnungsprüfungsamt (RPA) in der Vergangenheit kompetente Arbeit geleistet und Vorschläge mit dem nötigen Augenmaß unterbreitet habe.

Er sehe das Ziel der Kosteneinsparung durch Zusammenlegung der Rechnungsprüfung noch nicht erreicht. Dennoch werde die SPD der Variante I zustimmen.

Herr Flüshöh spricht ebenfalls dem Rechnungsprüfungsamt seinen Dank für die geleistete Arbeit aus.

Er sehe jedoch die Kosteneinsparung nicht im Vordergrund, sondern eher die Frage der Qualität, Flexibilität und Schulung, sowie der Ausnutzung der Synergieeffekte.

Herr Flüshöh regt jedoch an, dass die Mitarbeiter/in des Rechnungsprüfungsamtes zunächst für die Laufzeit von drei Jahren –sofern es personalrechtlich möglich sei– nur abgeordnet werden.

Herr Schwunk erklärt, dass er der Variante 1 zustimme.

Frau Gießwein teilt mit, dass sie der Vorlage nicht zustimmen werde. Nach ihrer Aussage habe die Stadt Schwelm ein gutes RPA, das vor Ort angesiedelt sein sollte, um Beratungen leichter zu machen.

Frau Kappelhoff weist darauf hin, dass sie der Variante 2 c zustimmen werde. Durch die mittelfristige Reduzierung auf 2,2 Stellen werde der Vorteil der Kostenersparnis erreicht. Aus Sicht der Fraktion der SWG sei es sinnvoll, Kooperationen mit Nachbarstädten einzugehen.

Nach diversen weiteren Wortbeiträgen ruft der Bürgermeister den Beschlussvorschlag zur Variante 1 unter Abänderung des in der zweiten Zeile gestrichenen Wortlautes „und den TBS AöR“ zur Abstimmung auf und schlägt als Datum des Inkrafttretens den 01.01.2010 vor.

### **Beschluss:**

Variante I:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, die im Entwurf vorliegende öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Ennepe-Ruhr-Kreis abzuschließen und Einzelregelungen i. S. dieser Vereinbarung zu treffen.

Inkrafttreten ist für den 01.01.2010 anzustreben.

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit dem Kreis Gespräche mit interessierten Gemeinden aus dem Kreis über eine Erweiterung der Kooperation zu führen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	28
	dagegen:	9
	Enthaltungen:	

**20      Ordentliche Hauptversammlung der AVU  
Aktiengesellschaft für Versorgungs - Unternehmen  
am 15.05.2009**

**087/2009**

### **Beschluss:**

Die Vertreterin der Stadt Schwelm, Frau Stadtamtsrätin Marion Mollenkott oder Vertreter wird ermächtigt, in der Hauptversammlung der AVU Aktiengesellschaft für Versorgungs – Unternehmen am 15.05.2009 den Vorschlägen des Vorstands und des Aufsichtsrates im Sinne der nachstehenden Darlegungen zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:      einstimmig:                      X

**NB: Herr Schmidt**

## **21            Fragen des Rates an die Verwaltung**

Herr Philipp teilt mit, dass er insgesamt vier Fragen/Anliegen an den Bürgermeister habe, von denen er die letzte im nichtöffentlichen Teil der Sitzung stelle.

Seine erste Frage betreffe den Vorgang Herdstraße. Die Frage werde er schriftlich einreichen.

Anschließend bittet Herr Philipp um weitere Informationen von der Verwaltung, wie die Briefwahlunterlagen online genutzt werden können.

Weiter führt er aus, dass in der Vergangenheit zum Empfang der Personen, die die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten haben, auch die Fraktionen beteiligt worden wären. Herr Philipp fragt Herrn Dr. Steinrücke, warum dies beim kürzlich stattgefundenen Einwohnerempfang anders gewesen sei.

Der Bürgermeister antwortet, dass dies keine besonderen Gründe gehabt habe und er zukünftig die Fraktionen einladen werde.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 19 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 15.05.2009

Schriftführerin  
gez.  
Söhner

Der Bürgermeister  
gez.  
Dr. Steinrücke